

# Grüne: Land setzt Agrarförderung falsch ein

Fraktion fordert andere Verteilung von EU-Mitteln / „Mehr Geld für biologischen Anbau und Tierschutz“



Endspurt bei der Maisernte: In die Massenproduktion sollten nach Ansicht der Grünen weniger EU-Subventionen fließen.

FOTO: CHRISTIAN KOSAK

**Schlusslicht beim Bio-Landbau, Schlusslicht bei Umwelt- und Tierschutzprogrammen: Niedersachsen setzt nach Ansicht der Grünen Fördermittel für die Landwirtschaft völlig falsch ein – für riesige Tierfabriken und Megaschlachthöfe. Die Folgen seien nicht nur schwere Belastungen für die Umwelt, sondern ein Sterben kleinerer Höfe und der Verlust von vielen wertvollen Arbeitsplätzen.**

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Seit Amtsantritt der CDU/FDP-Landesregierung sei die Zahl der Jobs in der heimischen Landwirtschaft um rund 16 Prozent zurückgegangen – von 179 300 im Jahr 2003 auf 150 700 im Jahr 2010, rechnete Grünen-Fraktionsvize Christian Meyer gestern in Hannover vor. Auch in den Schlachthöfen sei die Zahl der Arbeitsplätze gesunken – von 75 000 auf 68 000. „Die Regierung von CDU-Ministerpräsident David McAllister päppelt einige wenige Agrarindustrielle mit Millionen“, kritisierte Meyer und forderte ein Umdenken

bei der bisherigen Förderpolitik. Subventionen der Europäischen Union (EU) dürften nicht länger einseitig in Massentierhaltung und Megaschlachthöfe fließen, sondern müssten künftig ökologische und soziale Leistungen in der Landwirtschaft honorieren. „Wir brauchen Wachstum bei der Qualität, nicht bei den Mengen.“ Im Fall einer grünen Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl im Januar werde man die Förderpraxis entsprechend umstellen, kündigte Meyer an.

Beim Bio-Landbau hinkt Niedersachsen im Bundesvergleich weit hinterher. Nur 2,9 Prozent der hiesigen Flächen werden ökologisch bewirtschaftet, damit liegt Niedersachsen am Tabellenende. In Brandenburg sind es 10,5 Prozent, in Hessen 9,3, in Baden-Württemberg sieben und in Bayern 5,8 Prozent. „Niedersachsen verschläft einen wichtigen Zukunftsmarkt“, meinte Meyer mit Blick auf die steigende Nachfrage bei Bio-Produkten. Er forderte für umstiegswillige Landwirte eine Flächenprämie von 400 Euro pro Hektar, wie sie etwa in Nordrhein-Westfalen gezahlt werde. In

Niedersachsen bekommt ein Öko-Betrieb in den ersten beiden Jahren derzeit dagegen nur 262 Euro.

Auch bei der Agrarförderung aus EU-Töpfen setzt das Land nach Ansicht der Grünen völlig falsche Prioritäten. Nach einer Aufstellung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung pumpst Niedersachsen 53,3 Prozent der 2,3 Millionen Euro EU-Mittel in die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und den Ausbau der Agrar-Infrastruktur, aber nur 22,9 Prozent in Umwelt- und Tierschutz sowie Landschaftspflege. In Bayern und Baden-Württemberg ist es dagegen umgekehrt. Und auch die meisten anderen Länder setzen danach ihren Schwerpunkt auf ein nachhaltiges Landmanagement.

## Hohe Nitratbelastung

Folge der verfehlten Subventionspraxis zugunsten der Massentierhaltung seien neben Höfesterben und Job-Verlusten auch extreme Beeinträchtigungen für die Umwelt, bemängelte Meyer. So liege durch Gülleverbringung die Nitratbelas-

tung in 62 Prozent der niedersächsischen Gewässer über den zulässigen Grenzwerten. „Das Land verstößt damit gegen die EU-Wasserrahmen-Richtlinie.“ Auch beim für Wälder, Moore und Heide schädlichen Ausstoß von Ammoniak breche Niedersachsen die Vorgaben aus Brüssel.

Der Abgeordnete forderte Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) auf, endlich den Erlass für Filteranlagen und Keimschutz in Schweine- und Geflügelställen in Kraft zu setzen. Danach müssen Mastanlagen ab einer bestimmten Größe ihre Abluft reinigen, damit Staub-, Ammoniak- und Geruchsemissionen deutlich reduziert werden. Außerdem müssen die Betreiber in bestimmten Fällen Gutachten vorlegen, dass von ihren Großställen keine Gefahr für die Gesundheit der benachbarten Anwohner ausgeht. Der entsprechende Entwurf der drei zuständigen Ministerien für Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt liegt seit Mai vor. Doch die CDU/FDP-Regierung scheut sich offenbar angesichts der Widerstände der Agrarlobby, die Vorschriften auch umzusetzen.